

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Seifner Straße 42, IV., Volkshaus  
Telephon Nr. 7508

Anzeigen An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige  
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einleitung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 21. September 1918.

22. Jahrgang.

## Die Steinarbeiter bekommen endlich Sohlenleder.

Die Sonderzuteilung von Bodenleder für Berufsarbeiter ist neu geregelt.  
Mit Bekanntmachung vom 15. August 1918 hat die Reichsstelle für Schuhverfertigung in Ergänzung ihrer Bekanntmachung vom 29. 4. 1918 über die Sonderzuteilung von neuem Berufsschuhwerk nunmehr auch die Versorgung der Berufsarbeiter mit Bodenleder zum Zweck der Schuhverbesserung geregelt. Diese Regelung schließt sich im allgemeinen dem für die Sonderzuteilung von neuem Berufsschuhwerk getroffenen Verfahren an.

Bezugsberechtigt sind zunächst eine Reihe besonders genannter Betriebe, nämlich:

1. die Bergwerks- und Grubenverwaltungen, die Eisenbahn-, Post- und Forstverwaltungen.
2. Neben dieser schließmäßigen Zuteilung von Bodenleder kann auf Grund besonderer Bedarfsanmeldungen von Fall zu Fall Bodenleder für folgende Arbeiterklassen angefordert werden:  
a. für Rüstungsarbeiter, die in Bäckereien, auf heißen Platten und an Schmelzöfen oder mit dem Transport hoch explosiver Sprengstoffe beschäftigt sind;
3. für die Arbeiter in Steinbrüchen und Tongruben;
4. für die Arbeiter von Holzhandlungen und Sägewerken, die mit dem Einschlag und der Abfuhr von Holz beschäftigt sind;
5. für Wasserbauarbeiter und in ähnlicher Weise beschäftigte Personen, die überwiegend im Wasser oder kumpfigen Gelände tätig sind.

Soweit die Zuteilung des Bodenleders nicht schließmäßig erfolgt, sind die erforderlichen Anträge unter Verwendung bestimmter Vor- drucke, die von den Buchdruckereien

J. S. Preuß, Berlin, Dresdener Straße 48,  
E. Huber, München, Schönfeldstraße 12,  
W. Kohlhammer, Stuttgart, Urbanstraße 14/16,

unter der Bezeichnung „Bedarfsanmeldungen von Bodenleder für Berufsarbeiter“ käuflich zu beziehen sind, durch Vermittlung der auf den Vorbrücken angegebenen Prüfungsstellen bei der Reichsstelle für Schuhverfertigung in Berlin, Kronenstr. 50/52, einzureichen.

Die Lieferung des Bodenleders erfolgt grundsätzlich durch Vermittlung von Lederhändlern, die von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder mit der Lieferung beauftragt werden. Unmittelbar werden nur staatliche Betriebe und Behörden beliefert, wenn die einer Stelle zugewiesene Menge Leder mindestens 100 Kilogramm beträgt.

Nach Vereinbarung mit dem Verein Deutscher Lederhändler sind die Lederhändler verpflichtet, auf Verlangen der Betriebe den Ausschluß des Bodenleders in Sohlengröße und die Abgabe des Leders nach Anweisung der Betriebe an die einzelnen Bezugsberechtigten vorzunehmen. In diesem Falle dürfen die Lederhändler statt des sonst hierfür zugelassenen Zuschlages von 9 Prozent einen solchen von 13 Prozent berechnen.

Endlich wieder ein kleiner Erfolg für unsere Kollegen in den Steinbrüchen. Unsere Kollegen haben sich nun mit den Herren Unternehmern in Verbindung zu setzen, daß diese das nötige Sohlenleder schnellstens anfordern. Die vorstehenden Ausführungen sind gut aufzubewahren, damit sich Rückfragen bei der Verbandsleitung erübrigen.

## Die Gewerkschaftsführer beim Reichsanwalt.

J. R. Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften hatte einstimmig beschlossen, eine Delegation zum Reichsanwalt zu entsenden, um ihm die Forderungen der Arbeiter vorzutragen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufsgruppen und Gegenden des Reiches wurden mit der Vertretung der Gewerkschaften beauftragt: Mehlische-Altenburg, Vorsitzender des Verbandes der Futtmacher, Paepfow-Hamburg, Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Schmidt-Berlin, Vorsitzender d. Deutschen Lederarbeiterverbandes, Thomas-Frankfurt a. M., Vorsitzender des Verbandes der Dachdecker, Walbecker-Bochum, 2. Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter, Vegien-Berlin, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Empfang fand am 12. Sept. nachmittags 5 1/2 Uhr statt und nahm nahezu zwei Stunden in Anspruch. Als Sprecher der Delegation führte der Zentralvorsitzende des Dachdeckerverbandes, Thomas-Frankfurt a. M., folgendes aus: Die Entsendung der Delegation beweist, daß die deutsche Arbeiterklasse noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung habe, wenn auch fast das gesamte Volk durch die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen erschreckend mutlos geworden sei. Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse könnten nicht länger mit ansehen, wie das Volk von Stufe zu Stufe wirtschaftlich sinke. Zunächst sei die Ernährungsfrage auf einen Zeitpunkt angekommen. Die Mengen, die gewissermaßen der Volksernährung entzogen würden, würden immer größer und gingen ins Ungemessene. Auf legalem Wege werde immer weniger verteilt. Auch die Schwerarbeiter müßten Wucherpreise zahlen. Immer allgemeiner werde um jeden Preis und ohne jede Rücksicht gekauft. Dadurch würden gerade die Menschen um die Lebensmittel gebracht, die sie am nötigsten brauchen. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen besorgniserregend ab. Sie könnten körperlich nicht mehr leisten, was ihnen früher ein leichtes war. Die Erfassung der Vorräte auf dem Lande sei gänzlich ungenügend. Die städtische Arbeiterschaft sei unter die Furchel des Hilfsdienstgesetzes gezwungen, auf die Landwirtschaft nähme man die größte Rücksicht. Bei der jetzigen Not wirkten die Unterlassungen wie Verbrennen am Volk. Die Gewerkschaftsführer seien keine Schwarzseher, keine Flau- und Miesmacher. Aber es sei höchste Zeit zu handeln; denn die Aufregung unter der Arbeiterschaft sei ungeheuer. Die schönsten Mahnworte müßten wirkungslos bleiben. „Im hungrigen Magen nur Eingang finden Suppenlogik mit Knödelgründen“. Die Arbeiter wollten nicht länger hungern, da auch die Reichen nicht hungerten. Die Regierung müsse unbedingt die Schlichtehändler aufhängen, alle Lebensmittel erfassen und dem gesamten Volk zugänglich machen, die fleischlichen Wogen aufheben und mehr Kartoffeln geben. Gänzlich unverstänlich sei die verrückte Preisgestaltung für Schuhe, Wäsche und Kleider. Hier herrsche allgemein der unerschämteste Wucher, hier läßt die eigentlichen Landesverräter, die das deutsche Volk vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch führten. Eine einfache Arbeitshose koste statt 4 M., 55—60 M. und halte nur den 4. Teil der früheren Zeit. Selbst ausgebessert könne nicht mehr werden, es drohe der Zusammenbruch der Familie. Auch hier sei die Verteilung ganz ungleichmäßig. Die Regierung müsse den Arbeitern Sachen zur Verfügung stellen wie den Soldaten. Um die Unterernährung zu paralisieren, müsse die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Das könne geschehen,

ohne daß die Industrie weniger leistungsfähig wird. Arbeitervertreter, Kriegsämter und Unternehmer müßten gemeinsam das Problem lösen. Aber in jedem Falle müsse sich Deutschland eine arbeitsfähige Arbeiterschaft erhalten.

Alle wirtschaftlichen Nöte würden verschlimmert durch die unsichere schwankende Politik im Innern. Die Regierung Hertling habe die erhoffte Stetigkeit nicht gebracht. Die Empörung über die unschlüssige Haltung in der Wahlrechtsfrage sei zur Siedehitze gediehen. Grimmig erbittert wende sich das Volk von der Komödie im Herrenhaus ab. Die Regierung müsse endlich ein Maßwort sprechen, den Ländtag auflösen und das Kaiserwort wahrnehmen. Die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiet der Zensur und des Belagerungszustandes lasteten schwer auch auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Bei manchen Generalkommandos herrsche äußerstes Mißtrauen gegen die Gewerkschaften, nahezu sozialistengefeindlicher Geist. Zum Schluß forderte der Redner eine klare und unumwundene Abgabe an die Arbeiter und die Anzeigensprecher. Das Volk wolle reifliche Klarheit, unabhängig von der jeweiligen Kriegslage. Gerade jetzt, wo der feindliche Durchbruch verhindert und eine Ermattung der feindlichen Heerschaaren eingetreten sei, sei die beste Zeit, sich unzweideutig auf den Verteidigungsfrieden festzulegen. Gerade die es mit der Verteidigungspflicht ernst meinten, wollten durch eine freundliche Geste und ein klares Wort die Kriegszeit abgetilgt sehen. Auch dürfen beim Friedensschluß die internationalen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften nicht weiter einfach vernachlässigt werden. Die größte Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft, um die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiter habe die Arbeitervertreter hergeführt. Nur energische Taten der Regierung könnten helfen, die jetzigen schwierigen Zeiten zu überleben.

Für die Regierung antwortete Reichsanwalt Graf Hertling, die politische Reichsleitung sei mit der obersten Heeresleitung vollkommen einig im Bestreben des Verständigungsfriedens. Der Krieg werde nicht eine Minute länger dauern, als zur Verteidigung unbedingt notwendig. Die bisherigen Friedensangebote Deutschlands seien leider höhnisch zurückgewiesen worden. Nach vor vierzehn Tagen habe wüster Chauvinismus die ganze feindliche Presse beherrscht. Trotzdem hoffe er zuversichtlich, daß wir dem Frieden näher seien, als man allgemein glaube. Jedenfalls seien Reichsregierung und Heeresleitung einmütig gegen jede Eroberung; darüber beständen keine Meinungsverschiedenheiten und seien keine Befürchtungen nötig. Zum allgemeinen Wohlfühl könne er nur wiederholen, daß er damit sehe und fasse. Er wundere sich, daß seine Worte bezweifelt würden. Man müsse doch begreifen, daß die bisher maßgebenden Parteien durch die Wahlreform benutzigt seien. Auch das Herrenhaus habe seine verfassungsmäßigen Rechte. Aber deswegen weiche er nicht einen Schritt vom gleichen Wahlfreud ab, und sobald feststehe, daß darauf keine Verständigung zu erzielen sei, sei er sofort zur Auflösung entschlossen.

Staatssekretär Waldow gab Mitgriffe im Verleumdungs- und Verleumdungsrecht und im Zensurwesen zu. Er erbat sich die Vorlegung des Materials. In der nächsten Woche fanden mit den einzelnen Generalkommandos neue entscheidende Besprechungen statt.

Staatssekretär Waldow behauptete, daß die Verspätung der Ernte noch keine Uebersicht zulasse. Schärfere Mittel zur Erfassung der Lebensmittel stünden nicht zu Gebote. Der Schleichhandel in kleineren Mengen komme auch den Arbeitern zugute und lasse sich kaum unterdrücken. Die Körnerernte sei wohl um 15 Proz. besser als im Vorjahr, die Kartoffelernte mutmaßlich schlechter. Die Versorgung der Industrie werde vom 1. Oktober an besser werden. Die Wiederherstellung der vollen Produktion trete bestimmt ein. Eine Erhöhung der Kartoffelration könne er nicht in Aussicht stellen, da das ungünstige Wetter die Ernte beeinträchtigt und Eisenbahnen die Gemeinden mit größeren Mengen unüberwindliche Transportschwierigkeiten hätten. Die fleischlichen Wochen müßten beibehalten werden, um die Milch- und Fettversorgung nicht zu gefährden. Eine allgemeine Verbesserung der Ernährung könne er leider nicht in Aussicht stellen. Aber ganz bestimmt werde sie nicht schlechter werden.

Staatssekretär v. Stein schilderte die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage. Die Erzeugnisse müßten auch für die Arbeiterkleidung ausgenutzt werden. Die Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag hätten bei den Verhandlungen mit Rußland infolge der besonderen Lage und der gebotenen Eile zurückgestellt werden müssen, seien aber nicht vergessen. Für die künftigen Friedensunterhandlungen sei das deutsche Programm für die internationale Sozialgesetzgebung fertig ausgearbeitet. Die internationalen Arbeiterchutzverträge würden nicht verfallen werden.

Oberst Braun vom Kriegsamt versicherte, die Frage der Arbeitszeitverkürzung werde ernsthaft geprüft. Sie werde überall sofort durchgeführt, wo es ohne Produktionsausfall möglich sei. Im Bergbau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen.

Reichsanwalt v. G. gegen eingetragene, bei den hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsfrage sei die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen.

Dann schloß Reichsanwalt Graf Hertling die Zusammenkunft mit Worten des Dankes für die hoffentlich nützbringende Aussprache.

## Gegen Verleumder in der Gewerkschaft.

Zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes einen Aufruf an die Mitglieder, im „Steinarbeiter“ nahmen wir von diesem Aufruf ebenfalls Notiz, in dem er vor unbefonnenen Arbeitseinstellungen warnte. Gegen diesen Aufruf nahm die Zahlstelle Eisen eine von dem städtischen Gewerkschaftsführer W. Steinhauer beantragte Entschließung an, in der es u. a. hieß:

„Die Mitglieder (Versammlungsteilnehmer) betrachten den Aufruf als eine niederträchtige bestellte Arbeit, die alles in der modernen Arbeiterbewegung Vorgekommenes übersteift, und als Ehrabschneiderei politisch andersdenkender Kollegen.“

Der Vorstand leitete hierauf gegen Steinhauer das Ausschließungsverfahren ein und überwies die Angelegenheit statutenmäßig an eine Untersuchungskommission. Vor dieser gab Steinhauer folgende Erklärung ab:

„Ich erkläre, da ich den gegen den Vorstand erhobenen Vorwurf, daß dieser mit dem Auftrage: „Ihr selbst sollt entscheiden“, niederrückig bestellte Arbeit geleistet habe, nach reiflicher Überlegung und nach der Erklärung des Vorstandsvorsitzers, der entschieden in Abrede setzte, daß Inhaltspunkte für Vorwürfe der von mir erhobenen Art gegeben sind, nicht aufrecht erhalten kann. Ich nehme den Vorwurf da-

her mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, da mir Unterlagen für meine Behauptungen fehlen. Desgleichen erkläre ich, daß der von mir erhobene weitere Vorwurf der politischen Ehrabschneiderei ein in der Erregung erhobener Vorwurf ist, den ich ebenfalls nicht mehr aufrecht halte.“

Mit Rücksicht auf diesen Widerruf empfahl die Untersuchungskommission, vom Ausschluß abzusehen und es bei einer Klage verwenden zu lassen. Der Vorstand schloß sich diesem Gutachten an und erteilt nunmehr Steinhauer in der „Metallarbeiter-Zeitung“ wegen beweisloser verleumderischer Beschuldigungen gegen den Vorstand eine öffentliche Klage.

Es muß allgemein bedauert werden, daß sich Steinhauer zu solchen Beschuldigungen hinreißen ließ. Er halte nicht einmal den Versuch unternommen, auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptung beizubringen.

## Zum Verbandstag.

Wie notwendig die Abhaltung eines Verbandstages ist, beweist die aufgestellte Tagesordnung. Sind es doch eine ganze Anzahl wichtiger Fragen, die dort zu erledigen sind und die eine weitere Vertagung nicht mehr vertragen können.

Die Vorstandsvorlage bringt uns endlich in unserer inneren Verbandsrichtung einen Schritt vorwärts, indem mit dem „starrten Unterstützungs-System“ gebrochen wird. Die Beitragserhöhung, die die Vorlage bringt, ist das mindeste, was gefordert werden kann und muß. Verfehlen kann man nur nicht, warum die 3. und 4. Klasse prozentual nicht gleichmäßig mit den anderen Klassen erhöht werden soll. Hier ist eine weitere Erhöhung um 5 Pf. pro Klasse nur recht und billig, um eine weitere Brüchebergerei in die niedrigen Beitragsklassen zu vermeiden. Mit Empörung muß man immer wieder lesen, daß, trotzdem die Höhe auf Grund der Steuererhöhungen gestiegen sind, ein Aufstieg in die höheren Beitragsklassen nicht erfolgt. Die Schuld liegt hier an den Ortsverwaltungen, die es an der nötigen Kontrolle fehlen lassen. Ich stelle die Behauptung auf, daß nach Berechnung des Wochenverdienstes heute mindestens 50 Prozent der Mitglieder in die 1. Klasse und 40 Prozent in die 2. Klasse gehören. Den Zahlstellen, die mit ihren Verwaltungsgeldern nicht zurecht kommen, ist nur dringend zu empfehlen, ihren Lokalzuschlag zu erhöhen. Auf die Unterstützungsfrage verlohnt es sich nicht einzugehen, denn sie kann ja doch, ausgenommen die Streitunterstützung, nicht befriedigen. Mit man immer noch der Meinung, daß durch günstige Unterstützungen Mitglieder gewonnen werden können, eine Taktik, die von den Gewerkschaften niemals eingeschlagen werden durfte, so mußte man eben schon viel früher an den Ausbau des Verbandes herangehen. Hier ist viel gebührend worden und heute sehen wir, daß in dieser Beziehung unser Verband nicht mehr auf der Höhe steht. Die Verhältnisse haben uns übertrifft und den Vorstand kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß er mit seiner Vorlage wieder um ein volles Jahr zu spät gekommen ist.

Kollegen, was für große Opfer müssen wir in der jetzigen Zeit bringen für Zwecke, wo es sehr fraglich ist, ob wir einmal den geringsten Nutzen davon haben. Sollten wir da nicht auch Opfer bringen für unseren Verband? Seht die Unternehmervorgänger an, wie sie rüsten, wie sie die jetzige für sie günstige Situation geschickt ausnützen.

Geben wir nichts darauf, wenn gesagt wird, in unserem Beruf ist eine Arbeitslosigkeit nicht möglich, weil es an Rohstoffen nicht mangle usw. Kein Mensch weiß heute, wie die Verhältnisse sich nach dem Kriege gestalten werden. Nur das eine steht fest, daß wir große Kämpfe um unsere Existenz führen müssen, darum wird es höchste Zeit, unseren Kampffonds zu stärken.

H. A. G.

S. Montag.

## Wirtschaftliche Rundschau.

In der Periode des stärksten industriellen Aufstieges vollzog sich auch im lebhaftesten Tempo die Ausdehnung und Machtentfaltung der Großbanken. Für diese Zusammenhänge bedarf es keiner besonderen Erläuterung, allein schon die Geldansprüche der Industrie bewirkten eine beträchtliche Erweiterung der bankgewerblichen Tätigkeit. Ohne Zweifel hat zugleich der Einfluß der Banken auf weite Kreise der Industrie sehr wesentlich zugenommen, diese Stellung ergab sich einmal aus der Beherrschung der Kreditquellen durch die Banken, dann aber auch aus der Möglichkeit, mit anderen Mitteln auf die Zusammenfassung der Verwaltungen zahlreicher Aktiengesellschaften ein Mitbestimmungsrecht auszuüben. Mit dem Wachstum des Aktienwesens erhöhte sich diese eben erwähnte Möglichkeit, denn der zerstückelte Aktienbesitz großer Aktionärschichten strömte in die Depotkassen der Großbanken, die nach den von ihnen festgelegten Geschäftsregeln meist das Recht haben, für die von ihnen aufbewahrten oder beliehenen Aktien in den Generalversammlungen der beteiligten Gesellschaften das Stimmrecht auszuüben. Aus derartigen Umständen konnten dem Wirtschaftswesen große Gefahren erwachen, doch die Erfahrung hat gelehrt, daß die Verhältnisse sich solide entwickelt haben, wenn es auch an Ausschreitungen natürlich nicht gefehlt hat. Es ist sogar festzustellen, daß durch das Zurücktreten der Masse der Einzelaktionäre zugunsten der Banken in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften ein Faktor der Verantwortung ausgeglichen worden ist. Bei früheren Gelegenheiten wurde an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, daß von Jahr zu Jahr mehr und mehr die Gläubiger der Bank und der Großbanken und der Aktienbesitzer ein Gegenstand entstanden, der zu irgendwelchen Kläppeln geführt hätte, sie fanden sich im Gegenteil sehr einträglich zusammen.

Verdeutlich ist in früheren Jahren die Erwägung aufgetaucht, daß es zwischen der Großindustrie und den Banken zu einem Ringen kommen könnte, daß die Großindustrie sich vielleicht zu dem Versuch anschickte, die Herrschaft in einer Reihe von Banken zu erlangen, wie die Banken ihrerseits die Ausdehnung

ihres Einflusses auf die Industrie betrieuen. Während bei uns die Erhebung der Banken durch die Großindustrie unberührt blieb, haben sich derartige Vorgänge kürzlich in Italien abgespielt. Die Bank' beruht in ihrem Zustande, daß zu gleicher Zeit und in völlig gleicher Weise alle maßgebenden Banken und Stahlwerke Italiens die Hand auf alle größeren Banken zu legen versucht haben. Die treibende Kraft waren die Ansaldo-Werke, denen es vor einiger Zeit gelungen ist, einen geschlossenen Posten Aktien der Banca Commerciale Italiana aus schweizerischem — möglicherweise vormals deutschem — Besitz an sich zu bringen, und deren Streben nun dahin ging, der ihnen an der absoluten Mehrheit noch fehlenden Aktienrest in der Stille aufzukaufen. Dieser Aktion parallel gingen die auf ein gleiches Ziel gerichteten Bemühungen der italienischen Arbeiter, die sich gegen die Credito Italiano richteten. Da die Arbeiter unter der Kontrolle Ansaldo stehen, darf man annehmen, daß es sich hier im Grunde um eine rein nationale Umwälzung einer und derselben Unternehmung handelt. Über auch die mächtige Iva-Gruppe hat sich an dem Bankaktienkauf beteiligt. Dieser Konzern hat seinen Angriff vornehmlich auf die Banca di Sconto konzentriert. Er ist kapitalistisch unabhängig, hat also für eigene Rechnung gehandelt. Da aber zahlreiche Fabriken und zwischen ihm und der Ansaldo-Gruppe hin und wider laufen und einzelne Personen Einfluß in beiden Konzernen haben, so enthält die Behauptung italienischer Zeitungen, daß alle Fabriken in denselben wenigen Händen zusammenhängen, nicht der Wahrheit fern. Wäre das Unternehmen im beabsichtigten Umfang gelungen, so würden ein paar Großindustrielle, die ohnehin schon die gesamte italienische Eisen- und Stahlindustrie mit ihren Ausläufern zum Schiffbau, zum Maschinenbau und zum Kraftfahrzeugbau teils kontrollieren, teils maßgebend beeinflussen, auch über die Finanzkraft des Landes und über den italienischen Kredit im Ausland verfügen. Da die Öffentlichkeit vorzeitig Kenntnis von diesem Plan erhielt und die Regierung zum Einschreiten zwang, so ist es zu dem beabsichtigten vollen Übergang der Bankkontrolle auf die maßgebenden Industriekreise vorläufig nicht gekommen. Trotzdem verfügen die Ansaldo-Werke heute schon über so viel Aktien der Banca Commerciale, daß ihr Wille der Verwaltung fast als Gesetz erachten muß. Sie sowohl wie Iva und Iva haben außerdem mehrere Vertrauensleute im Aufsichtsrat der Banken sitzen. Welche Ziele die Großindustrie Italiens bei ihrem Sturm auf die Banken immer verfolgt hat, sicherlich haben ihre finanziellen Verhältnisse stark zu dem Vorhaben angereizt. Auch die italienischen Werke haben reiche Kriegsgewinne gemacht, sie verfügen über ungemein flüssige Mittel, denn in Italien ist nach dem Eintritt in den Krieg das Verbot an die beteiligten Gesellschaften ergangen, mehr als 5 Prozent Dividende auszuschütten. Gerade das deutsche Beispiel zeigt, daß die enge Verbindung zwischen Großbanken und Großindustrie sehr wohl möglich ist, ohne daß die eine Gruppe die Unternehmungen der anderen Gruppe durch den Besitz von Aktienmehrheiten zu beherrschen braucht. Bei uns arbeiten Großbanken und großindustrielle Werke, deren Unabhängigkeit gewiß in auf den verschiedensten Gebieten so völlig hand in Hand, daß eine noch inoffizielle Vereinigung kaum wohl als notwendig von den Partnern angesehen wird. Voraussetzung für diese Zusammenarbeit bildet bei beiden Gruppen die Erkenntnis, daß jede einzelne von ihnen fähig und bereit ist, mit eigenen Kräften ihre Interessen zu verteidigen, wenn es not tun sollte. Ein derartiges Verhältnis ist die Grundbedingung für ein erfolgreiches Zusammenwirken verschiedener Gruppen in jedem nationalen und internationalen Punkte und Verbande.

Inner den deutschen Großbanken einfaht auch die Kommerz- und Diskontobank neuerdings einen lebhaften Ausdehnungsdrang. Durch Übernahme des Geschäftskredit-Bankvereins tritt die Ausdehnung des Amittus nun auch auf das rheinisch-westfälische Gebiet, in dem es bisher noch nicht vertreten war. Die Bank ist im Januar mit dem Rheinischer Bankverein und der Löbener Bank durch Vereinbarung einer Interessengemeinschaft in enge Verbindung getreten. Nachdem das Institut dann im März eine Niederlassung in Lübeck durch Übernahme des Panthauses Sal. J. Cohn errichtet hatte, setzte es sich Ende Juni in Radeburg fest. In Radeburg und Radeburg wurden Filialen errichtet, wobei die seit 1872 bestehende Bankfirma Dirichmann und Köhler übernommen wurde. Auch in Guben ist die Firma Köhler u. Co. erworben worden. Bereits 1917 hatte die Bank sich der Niederlausitzer Textilindustrie genähert. Damals hat sie in Guben und Forst durch Erwerb der Bankkommandite W. Löwentin u. Co. Niederlassungen errichtet. Schließlich hat die Kommerz- und Diskontobank inläufig von der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart ein Grundstück zur Errichtung einer Niederlassung gekauft.

Berlin, 2. September. Julius Kallies.

### Die Herzfrage eine soziale Frage.

Biederum spielen sich in der praktischen Sozialpolitik einige Vorgänge ab, die den unabweislichen Beweis für die Dringlichkeit einer einheitlichen gesetzlichen Regelung der Herzfrage liefern. Es sind dies die Forderungen der im Ärztevereinsbund organisierten Ärzte, die Honorare von den Krankenkassen wieder gewaltsam zu erhöhen und ihre ablehnende Haltung gegenüber dem notwendigen Ausbau der Sozialversicherung, insbesondere der Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht der Leistungslosen und der allgemeinen Einführung der Familienhilfe ärztlicher Behandlung und Hilfsmittel für die Familienangehörigen der Kranken.

Der Streitpunkt der Herzfrage ist die Einführung der unbeschränkten freien Arztwahl und die Honorierung nach Einzelleistungen auf Grund der amtlichen Gebührenrate. Die Krankenkassen verlangen aus wirtschaftlichen Gründen diesem Verlangen in jedem Falle nicht nachzugeben. Die Kassen können nicht jede neue Kontrolle und Garantie aus der Hand geben, auch erfordert der Geschäftsgang gewisse Abgrenzungen und Sicherheiten in ihren Ausgaben. Es würde sonst aus der Kranken- eine Herzfrage werden. Gibt es doch bereits schon eine ganze Reihe von Krankenkassen, die an einzelne Ärzte mehr Honorar ausbezahlen als an ihre sämtlichen erwerbsfähigen Kranken an Krankengeld, d. h. in vielen Fällen erhält ein Arzt für durchschnittlich zwei bis dreimalige Arztbesuche an den Kranken in der Woche mehr, als der Krankenkasse für seinen ganzen Lebensunterhalt an Beitragsleistung zugeht. Die hierdurch schon augenscheinlich die Ärztehonorare bei den Krankenkassen und geht daraus hervor, daß es eine ganze große Zahl von Ärzten gibt, die von einzelnen Kassen Einkommen von 20 000 bis 30 000 M. beziehen. Im Wiener Bezirk brachte es im Jahre 1917 ein Arzt auf ein Kassenhonorar von 61 000 M. Dazu kommen noch die Einkommen, welche die Ärzte von anderen Kassen, von der Unfall- und Invalidenversicherung, von der Krankenversicherung und nicht zuletzt aus der Privatpraxis beziehen. Man bekommt die Herzfrage allerdings, die angeführten hohen Honorare bezogen nur eine Anzahl „Kassenärzte“, darunter, das sei hier, so fällt die Schuld auf die Ärzte zurück, denn der „Kassenarzt“ ist nur ein Produkt der unbeschränkt freien Arztwahl, die einer Anzahl von Ärzten, die in tatsächlicher Abhängigkeit stehen, immer die Möglichkeit zu sein brauchen, einen großen Zulauß zu erzielen.

Es ist daher kein Wunder, daß die Ärzte an fast allen Krankenkassen mit Anforderungen an Erhöhung der Honorare von 20 bis 50 v. H. herangetreten. Die Krankenkassenverbände haben allenfalls behauptet, daß sie im einzelnen Falle das Bedürfnis zu Zulagen vorzuziehen, im großen und Ganzen aber als allgemeine Regel ablehnen. Das hat allerdings wieder die Herzfrage zu drückenden Resultaten beizubringen. In vielen Fällen (wie z. B. in Groß-Berlin) haben die Ärzte durch das Bestehen von Ärzten im Jahre 1913 eingetragene Honorarsteigerungen zu erzielen haben. Wie diese bei ihrer Durchsetzung verlaufen, kann häufig von dem Betreffenden nicht festgestellt sein. Dieser Arzt veranlaßt das Krankenkassenamt im Falle der Honorarsteigerung durch eine kleine Kasse dazu, die Ärzte Honorar auf 100 000 M. zu zahlen. Honorarsteigerungen, welche die Ärzte schon früher aus dem Honorar erhalten, im Zusammenhang damit verlarvt auch das Krankenkassenamt, das nach dem in der Einführung der unbeschränkten Arztwahl für alle Fälle des Bezirks verfahren werde.

Man sollte nun eigentlich meinen, daß die Ärzte mit der Krankenkassenversicherung, die ihnen solche Vorteile bringt, sehr zufrieden sein würden. Aber weit gefehlt. Immer, so namentlich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, haben sie sich gegen die Erhöhung des Kreises der Versicherten gemeldet. Ihrem starken Einfluß ist es zu danken, daß alle Angehörige, wie: Handlungsgehilfen, Bureaubeamte, Berlin, nur der Krankenkassenversicherung unterliegen, wenn sie nicht mehr wie 2500 M. Jahresverdienst haben, und daß jeder freiwillig Versicherte aus der Krankenkasse auszuscheiden hat, wenn er mehr wie 4000 M. jährliches Gesamteinkommen hat. Diese Beschränkungen sind namentlich gegenwärtig mehr wie drückend, nachdem eine so gewaltige Entwertung des Geldes eingetreten ist und die Gehälter allgemein erhöht wurden. Dem nachdrücklichen Verlangen der Gewerkschaften und Angehörtenverbände aller Richtungen, der großen Krankenkassenverbände usw. auf Hinaufhebung jener Einkommensgrenzen hat aber die Reichsregierung bislang nicht entsprochen, weil — wie sie in einer Konferenz beteiligter Kreise und im Reichstag erklärte — eine solche Maßnahme nicht ohne Zustimmung der Ärzte durchgeführt werden könne. Die Ärzte aber geben ihr Einverständnis dazu nicht! Warum? Nach der Begründung ihres einschlägigen „Widerspruchs“ auf dem Ärztag in Eisenach hatten sie die Erweiterung „nicht für notwendig“ und „für unvereinbar mit den ideoellen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen des ärztlichen Standes“. Dr. Dippe-Weipzig führte aus, die Ausdehnung der Krankenkassenversicherung auf alle wirtschaftlich Schwachen führe zur Vervielfachung der für die Ärzte zur Folge habe, „auf unsere Freiheiten zu verzichten“. Die stetig zunehmende Einengung der freien Praxis dürfe „nicht ins leidlich bezahlte Beamtenkontingent führen“. Diese Worte bestätigen die oft von Kassenvertretern aufgestellte Behauptung, daß die Ärzte wohl recht viele Freiheiten und Bezüge, aber sehr wenig Pflichten haben wollen.

Die die Dinge jetzt liegen, handelt es sich bei den hier aufgeworfenen Fragen nicht mehr um einen häuslichen Streit zwischen Krankenkassenverbänden und Ärztevereinigungen. Es dreht sich um Angelegenheiten der Sozialpolitik überhaupt. Und diese ist eine Sache des ganzen Volkes. Nachdem der Krieg so ungeheure Wunden geschlagen, muß mehr wie je „gestraft“ Sozialreform getrieben werden, ganz besonders soweit die Gesundheitspflege, Mutterchafts- und verwandte Dinge in Betracht kommen. Bei der Regelung dieser Fragen kann es auf vermeintliche wirtschaftliche Interessen eines einzelnen, nicht umganglichen Standes nicht ankommen. Weil es etwa 20 000 Ärzte im Deutschen Reich wollen, dürfen nicht einige Millionen von Menschen Schaden erleiden, darf nicht die ganze Nation in der gesundheitlichen Entwicklung und körperlichen Kräftigung behindert werden. Die Wohlfahrt aller ist das oberste Gesetz!

Der gegenwärtige Stand der Herzfrage zeigt mehr denn je, wie widerwärtig es ist, daß die Heilbehandlung der Kranken mitmenschen eine private Angelegenheit, die Ausübung der ärztlichen Praxis ein gewerbliches Geschäft ist. Der besessene Zustand führt nur dazu, daß der Arzt als Geschäftsmann sein Interesse an geblühenden Gesundheitsverhältnissen hat, denn sie beschränken seine Einnahmen. Da diese Tatsachen mit den Bedürfnissen der Nation in Widerspruch stehen, muß endlich der Gesetzgeber eingreifen. Das Richtige wäre die Verstaatlichung der Herzfrage. Sollte sich die Gesetzgebung noch nicht dazu aufschwingen können, so müssen energische Schritte in der Richtung einer Verstaatlichung unternommen werden. Der Arzt muß endlich — es ist bezeichnend, daß dies heute noch nicht der Fall ist! — die Pflicht zur Behandlung kranker Mitmenschen auferlegt bekommen, und zwar zu bestimmten Sätzen der Gebührenordnung. Beamtete Ärzte sind in größerer Zahl zu beschäftigen. Die Standesorganisationen der Ärzte sind in ihren Befugnissen zu beschränken usw. Im weiteren ist die Reichsversicherungsordnung in diesen Fragen zugunsten der Versicherungsnehmer auszugestalten.

Leider hat es sich schon oft gezeigt, daß die Gesetzgebung sich nicht recht an die Herzfrage heranwagt. Die Ärzte gehören zur herrschenden Gesellschaftsklasse, und die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten sind meist Fleisch von ihrem Fleisch. Deshalb sind eben schon oft die wichtigsten Entscheidungen unterblieben und haben sich Zustände herausgebildet, wie wir sie oben schilderten. Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet ist die Herzfrage eine soziale Frage, und zwar mit recht weitgehendem Gesichtswinkel.

### Aus der Ukraine.

Mit lebhaftem Interesse kann jetzt unser Jahrgang verfolgen, inwiefern da wieder zum Verbandstag gerufen wird. Mit Freuden lese ich den Artikel in Nr. 34 von einem lausiger Granitarbeiter, der für die Beitragssteigerung eintritt. Hoffentlich kommt von den andern Kollegen der Lausiger Graniter keine „Gegenoffensive“. Der nächste Artikel derselben Nummer kommt vom Fichtelgebirge und findet der Einleber die Beitragssteigerung wieder unympathisch. Derselbe Artikel verlangt aber auch zugleich auskömmliche Lohnverhältnisse, was doch ein trauriger Widerspruch ist, denn wie will ich meinen Gegner besiegen, wenn ich kein Pulver habe. Es ist einfach traurig, zu lesen, daß Kollegen, die beurlaubt sind und in Arbeit treten, sich vom Verbandsbeitrag drücken wollen. Der Punkt Einheits- bzw. Bezirkstafel ist ebenfalls wichtig. Nur muß ich immer wieder erwähnen, daß der Fichtelgebirgsstafel für die Lausitz niemals als Grundlage dienen kann, denn da bleibt es beim Fichtelwerk, und man hört ja immer wieder Klagen vom Fichtelgebirge. Hoffentlich ist es uns Feldgauen auch bald wieder vergönnt, dieses Fundament mit festigen zu helfen.

Soweit ich dem Steinarbeiter entnehmen kann, herrscht im Verband: reges Leben. Die Feuerungszulagenfrage ist im Gange, die Schwerstarbeiterfrage ist wieder angeknüpft worden, eine Menge wichtiger Eingaben wurden wieder gemacht. Desgleichen zeigt auch die Vorstandsverträge zum Verbandstage, daß man zeitgemäß reformieren will. Ein Juwel in dieser Hinsicht kann uns nichts schaden. Im übrigen scheinen sich die Zahlstellen in den Granitgebieten besonders gut gehalten zu haben; das freut mich als fähigen Granitarbeiter insbesondere. Einen Wunsch möchte ich noch aussprechen: Den Verband möchte ich doch anders vorstellen und nicht so zerissen wie die Partei. Mit Gruß! Wehrm. R. Rösch, 3. Komp., 101. Ball. Jitzau XII, 7, D. Feldpost 2123, sonst Granitsteinehew, zuletzt bei der Firma Schilgen, Röhren bei Pirna.

### Korrespondenzen.

Frankfurt. Am 9. September fand unsere Versammlung statt. Zutritt wurde der im Kriegslazarett in Sukarst verstorbenen Kollege E. E. E. in der üblichen Weise geehrt. Kollege E. E. E. war es dann in einen kurzen Bericht über die Einberufung des Verbandstages und die Gründe, die hierzu führten. Die Versammlung meinte, daß die Taugung des Verbandstages zu plöglich gekommen meinte, daß sie davon völlig überrascht gemessen seien. Es wurde aber doch die Notwendigkeit erkannt. Bei der Abstimmung über die Beitragssteigerung stellte sich dann heraus, daß sie alle reiflos für eine solche zu haben waren. Ueber die Einführung des Arbeitslosenbeweises waren die Meinungen sehr geteilt.

Stettin. Ueber die Aufgaben des Verbandstages in Leipzig referierte Kollege Herrmann in der am 8. September stattgefundenen Versammlung der Zahlstellen I und II. Die Diskussion war recht lebhaft. Einige Kollegen vertraten den Standpunkt von der Einführung der Erwerbslosenunterstützung abzusehen und eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge vorzunehmen. Die Unterstützung der Arbeitslosen sei Sache des Staates. Dem wurde erwidert, daß die so schaffende Arbeitslosenunterstützung wohl noch lange auf sich warten lassen wird. Kernpunkt wurde ferner in der Beratung des Zentralvorstandes, daß die Krankenkasse zu lang sei. Ein Antrag zu diesem Punkte fand einstimmige Annahme. Als Kandidat zu dem Verbandstage wurde Kollege Krenkel mittels Stimmzettel einstimmig von den Kollegen beider Zahlstellen für den 16. Wahlkreis ausgewählt. Kollege Herrmann berichtete sodann über den Stand des Bezirksrates für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Er habe schon vor 3 Wochen Herrn Wigen, Vorsitzender der Kölner Kammorgeschäfte, den Tarifentwurf zugesandt. Leider habe er noch keine Antwort erhalten. Von den Kollegen wird gewünscht, daß der Bericht recht bald zum Abschluß kommt. Zu der Konferenz wegen dem Bezirksrat, die am Sonntag, dem 22. September in Düsseldorf stattfindet, werden die Kollegen Schwarz und Gille ge-

wählt. Als Mitglied der Konferenz wurde Kollege Peter Wagner gewählt.

Offizin (Sachsen). Unter Mitwirkung des Herrn Sandsteinmetzlers F. E. E. konnten folgende Abmachungen erzielt werden. Die in Klammern gesetzten Ziffern sind frühere Preise. Rheinisch-westfälisches Kleinpfaster 7—10 Zentimeter 1 Kubikmeter (8) 12 M. Poligon-Kleinpfaster 7—10 Zentimeter 1 Kubikmeter (6) 9 M. Auschuh 7—11 Zentimeter 1 Kubikmeter (4) 6 M. Mosaik 5—7 Zentimeter 1 Kubikmeter (6.80) 10 M. Mosaik 4—6 Zentimeter 1 Kubikmeter (7.80) 11.60 M. Brechen für Kleinpfaster und Mosaik 1 Kubikmeter (1.75) 2.50 M. Brechen für Koppsteine 14—18 Zentimeter 1 Kubikmeter (0.90) 1.50 M. Koppsteine schlagen 14—18 Zentimeter (1.80) 2.70 M. I. Schottersteine brechen, aufliegend fürdern 3/4 Kubikmeter (—) 0.70 M. II. Schottersteine brechen, Wager 3/4 Kubikmeter (—) 1 M. Schuttladen im Affort (—) 0.45 M. Die Schmiebschärfe beträgt noch kurze Zeit 2 1/2 Proz. Der Schlägerlohn pro Stunde wird nach der Vorleistung berechnet. Wir sind somit hier ein schönes Stück vorwärts gekommen. Einige Punkte bedürfen noch der Regelung. Dieses wird die Verhandlung besorgen, die uns bisher schon weitgehend unter die Arme griff. Unter der neuen Firma ist ein ganz anderes Arbeiten als wie unter Herrn Traue.

### Rundschau.

Neue Feuerungszulagen im Baugewerbe. Nach längeren vom Reichswirtschaftsamt geleiteten Verhandlungen haben sich der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und die Zentralverbände der Bauarbeiter am 11. September über eine vierte Kriegsfeuerungszulage geeinigt. Die Zulage beginnt am 1. Oktober, und zwar in Orten bis zu 10 000 Einwohnern mit 8 Pf., in Orten bis zu 50 000 Einwohnern mit 10 Pf., in noch größeren Orten mit 15 Pf. und in Hamburg mit 20 Pf. für die Arbeiter und die im 1. Januar 1919 erhöht sich die Zulage in der niedrigen Ortsgruppe um 7, in der zweiten und dritten um 10 und in Hamburg um 9 Pf. Das rheinisch-westfälische und das obersteifische Industriegebiet sowie Neubauten und größere Erweiterungsbauten der Kriegsindustrie und der Heeresverwaltung zählen stets zur dritten Gruppe mit einer Zulage von zunächst 15 und im ganzen 25 Pf. Etwas schon gewährte örtliche Sonderzulagen kommen auf die neue Zulage nur dann in Anrechnung, wenn der Arbeitgeber sich diese bei Vereinbarung der Sonderzulage ausdrücklich vorbehalten hat oder wenn die Sonderzulage nach dem 1. August 1918 gewährt worden ist. Nebenvergütungen für Mittagessen, Fahrgehalt und Auslösung bis zu 3 M. für den Kalendertag werden jedoch überhaupt nicht angerechnet.

Die Vereinbarung vom 11. September bedarf noch der Zustimmung der Verbandsversammlung, die bis zum 25. September erfolgen soll.

### Abressenänderung.

Zittling. Vorsitzender: Georg Fenzl, Rotiau Post Zittling, Niederbayeren. Kassenführer: Alfred Bräuer, Geißdorf 844 (Kreis Lauban, Schl.).

### Briefkasten.

Jena. Wurde erledigt. — H. S. Sollenleber gibt es nun, siehe den Artikel auf der ersten Seite des Blattes. — Es ist nun Sache der Firma, das weitere zu veranlassen. — Sch. Kann aus besonderen Gründen erst in 14 Tagen erledigt werden. Erst muß in D. die Entscheidung fallen. B. G. — L. Viel Geschicklichkeit wurde dabei nicht verbraucht. Das Reden allein macht es nicht mein Lieber. — Z. Wir haben uns an das Bauamt gewandt.

### Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Anträge zum Verbandstag müssen bis zum 21. September gestellt sein. Es ist Pflicht der Zahlstellen, sich mit der Tagesordnung zum Verbandstage in eingehender Weise zu beschäftigen.

Die Zahlstellen müssen sich ungefähr um die Kommunalverbände wenden, um die Anerkennung als Schwerstarbeiter durchzusetzen. Der Verbandsvorstand hat ein umfangreiches Begründungsschreiben herzustellen lassen, welches einzufordern ist.

Die 4. Feuerungszulage muß überall von den Unternehmern gefordert werden. Gedruckte Anschriften an die Herren Unternehmer können von hier aus eingefordert werden.

### Anzeigen.

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweise über Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflegung nicht bringen. Dieses den Herren Inserenten zur Kenntnisnahme.

### Zücht. Granitschiffthauer

Paul Uhl, Lübeck.

### Marmorschleifer

werden in dauernde Arbeit verlangt. Stettiner Steinindustrie, G. m. b. H., Stettin

### Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:  
Otto Kleke, 41 Jahre alt, aus der Zahlstelle Bremen.  
Paul Raupach, 35 Jahre alt, aus der Zahlst. Dresden.  
Johann Ruckdäschel, 31 Jahre alt, aus der Zahlstelle Gießen (Bez. Schwarzenbach).  
Justus Wild, 26 Jhr. alt, a. d. Zahlst. Reichenhausen.  
Paul Winkler aus der Zahlstelle Mühlenthan II.  
Max Wänsche, 43 Jahre alt, aus der Zahlst. Pirna.  
Ehre ihrem Andenken!  
(Wir erlauben die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Tobensatzungsformular ausgefüllt wird.)

### Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet werden.)  
In Dresden am 16. Juli der Sandsteinmetzler Guido Vogel, 44 Jahre alt, an Lungentrantheit.  
In Dresden am 20. August der Sandsteinmetzler Otto Haase, 40 Jahre alt, an Lungentrantheit.  
In Pirna am 28. August der Sandsteinbrecher Ernst Sachse, 44 Jahre alt, an Lungentuberkulose.  
In Strehlen am 6. September der Granitbrecher Karl Dittrich I., 42 Jahre alt, an Unfallsfolgen.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag von Paul Starke, beide in Leipzig. Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königsplatz 5.